

Ratifizierung der Europaratskonvention zur Bekämpfung des Menschenhandels dringend geboten

„Die effektivste Möglichkeit zur Bekämpfung des internationalen Menschenhandels ist ein sicherer Aufenthaltsstatus der Opfer und eine konsequente Strafverfolgung der Täter,“ so die menschenrechtspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Annette Groth.

Auf Anfrage von Annette Groth teilte die Bundesregierung mit, dass sie plane, die Europaratskonvention zur Bekämpfung des Menschenhandels in einem entsprechenden Gesetz nach der Sommerpause dem Bundestag zur Ratifizierung vorzulegen. Der Europarat hatte die Konvention bereits 2005 verabschiedet.

“Die Betroffenen haben keinen sicheren Aufenthaltsstatus und können nach derzeitiger Praxis schon nach 30 Tagen in ihr Herkunftsland abgeschoben werden. In dieser prekären Situation entscheiden sich nur sehr wenige Opfer, gegen die Täter auszusagen“, so Annette Groth weiter.

Daher fordert sie: „Die Bundesregierung sollte diesen Anlass dafür nutzen, die derzeitige Praxis der Abschiebung und erneuten Viktimisierung zu beenden. Stattdessen sollte den Betroffenen unabhängig von ihrer Aussagebereitschaft eine Aufenthaltsgenehmigung von sechs Monaten gewährt werden, die anschließend in einen langfristigen Aufenthaltstitel umgewandelt werden sollte.“